

Miller, D. & Oelkers, J. (2023) (Hrsg.). *Wem gehört die Schule? Neue Akteure, neue Zuständigkeiten*. hep. 400 S.

Neu ist sie nicht, die Frage, wem die «Schule des Schweizervolkes» (S. 15) gehört. Vor dem Hintergrund zahlreicher politischer Entwicklungen der letzten 20–30 Jahre stellt sie sich indes neu. Der Umfang des hier besprochenen Sammelbandes, der auf eine 2017 an der Pädagogischen Hochschule Thurgau durchgeführten Tagung zurückgeht, lässt erahnen, dass die Antwort keine triviale sein kann. Die sechzehn Beiträge gehen indes nicht Besitzverhältnissen nach, wie der Titel zunächst insinuieren könnte. Vielmehr interessiert, wie Akteure, Gruppierungen, Gremien, Instanzen, Organisationen und Körperschaften privater, staatlicher oder öffentlicher Natur bildungspolitische Entscheidungen zu beeinflussen ersuchen. Die Herausgeber, Jürgen Oelkers und der jüngst überraschend verstorbene Damian Miller, sahen die Aufgabe des Bandes insgesamt darin begründet, die Definitionsmacht, Regulationsmechanismen, Verantwortungsträger und Beaufsichtigungsinstanzen der Schule zu erörtern und damit auf die leitende Fragestellung «mögliche Antworten» (Buchdeckel) zu finden, wovon nachfolgend eine Auswahl vorgestellt wird.

Dem «historische[n] Idealtypus» (S. 66) der Idee der Verquickung von Bildung, Öffentlichkeit und Demokratie geht *Jürgen Oelkers* nach. Zunächst deren Genese, vor allem aber deren Prekarität, stellt er vor dem Hintergrund heutiger gesellschaftlicher Atomisierungsbewegungen dar. Dabei nimmt er die Schule in die Pflicht und fragt, wie sich die Zukunft der öffentlichen Bildung also formulieren muss, «deren zentrale Aufgabe darin besteht, Wissen zu verbreiten und Ignoranz zu verhindern» (S. 85). *Gehört die Schule* demnach dem zu kittenden Demos?

Was nun, wenn eine internationale Organisation wie die OECD Einfluss auf nationale Akteure nimmt? Ebenjener Mechanismus hat in der Schweiz, so zeigt *Regula Bürgi* erhellend, zu zunehmendem Einfluss der EDK geführt. Dies muss als Folge der in der OECD lancierten Outputorientierung verstanden werden. Gerade aber die damit verbundenen epistemischen und politischen Aspekte gelte es im Auge zu behalten, wenn davon ausgegangen wird, dass *die Schule der Demokratie gehört* (S. 140).

Judith Hangartner zeichnet aufschlussreich nach, wie sich die kantonale organisierte und daher höchst divergierende Schulaufsicht mit der Einführung des New Public Management in den 1990er Jahren wesentlich gewandelt hat: Die Personalführung wurde in den meisten Deutschschweizer Kantonen an die Schulleitungen übergeben, die Inspektion und Beurteilung der Schul- und Unterrichtsqualität an externe Fachstellen ausgelagert (S. 152f.). Es bleibt unklar, *wem die Schule gehört*, in deren Interesse die Beaufsichtigungsinstanzen letztlich handeln sollen.

Wird danach gefragt, wem etwas gehört, so stehen Eigentumsverhältnisse und im Falle der Schule die Finanzierung im Fokus, wie *Carla Aubry* argumentiert (S. 167). Diese unterliegt zwar einer Teilungsformel zwischen öffentlich und privat, welche, so der internationale Vergleich, sich unterschiedlich ausformuliert. Trotz dieser Trennung kommt Aubry zum Schluss, dass Bildung eine gemeinsame Investition sei, «aus der gemeinsamer Gewinn resultiert», *weshalb die Schule dann auch allen gehört* (S. 183, 187).

Schulreformen sind politische Prozesse, die innerhalb eines Mehrebenensystems zwischen Kanton und Gemeinden stattfinden. *Amanda Nägeli* und *Stephanie Appius* untersuchen in ihrem Beitrag deshalb die Interdependenzen der Reformprozesse in den Städten St. Gallen, Zürich und Luzern mit ihren jeweiligen Kantonen im Zeitraum 1990 bis 2010. Dabei stellen sie fest, dass Verhandlungen in Form von «sachbezogenem Informations- und Meinungsaustausch zwischen den teilnehmenden Akteuren» (S. 265) gegenüber hierarchischen Eingriffen vermehrt überwiegen. *Die Schule gehört demnach dem politischen Reformentrepreneur*.

Valentin Huber diskutiert die enge Auslegung des Rechts auf unentgeltlichen Grundschulunterricht und fordert eine Ausdehnung auf das Vorschulalter und junge Erwachsene. Unter anderem sollten fremdsprachige Vorschulkinder von einer staatlich finanzierten frühen Sprachförderung profitieren können (S. 290f.), aber auch «geflüchtete oder bildungsferne Menschen», deren Recht auf Grundbildung aufgrund ihres Alters verfällt, müssten weiterhin unentgeltlich Bildung erhalten dürfen (S. 283). *Somit gehört nach Huber die (Grund-)Schule den Kindern und jungen Erwachsenen, die in der Schweiz leben*.

Elternarbeit wird zunehmend als Erziehungs- und Bildungspartnerschaft begriffen. *Jan Egger* zeigt in seinem auf drei Thesen aufgebauten Beitrag schlüssig auf, dass die Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern zwar stetig wächst, in der Praxis jedoch nicht von einer Partnerschaft gesprochen werden kann. «Die historisch gewachsenen Strukturen und die habitualisierten Hintergrundüberzeugungen von Lehrpersonen» (S. 356) führen dazu, dass *die Schule weniger den Eltern gehört*, als dies aktuelle mediale Debatten und schulpädagogische Diskurse vermuten lassen.

Die Publikation besticht durch ihre wohlgewählte Fülle, wenngleich die Beiträge in ihrer analytischen Tiefe und Qualität stark differieren. Dennoch erscheint der Sammelband als Nachschlagewerk, aber auch für ein überblicksartiges Studium des Schweizer Bildungssystems für Expert*innen sowie eine interessierte Leser*innenschaft gleichermaßen geeignet. Jedoch wäre es begrüßenswert gewesen, die Kapitel des Sammelbands einer Logik (orientiert etwa an Akteuren, Aufgaben, Zielen etc.) zu unterstellen und entsprechend zu strukturieren. Insgesamt schafft es der Band aber, den bildungspolitischen Leviathan so aufschlussreich wie auch zugänglich zu erörtern (die selbstgestellte Aufgabe der Herausgebenden) und bietet damit die Gelegenheit, selbst der Frage nachzugehen, wem denn die Schule eigentlich gehört.

Kirstin Jorns und Nathalie Pfiffner, Institut für Erziehungswissenschaft, Universität Zürich